Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2026/566

24.3.2026

BESCHLUSS Nr. 1/2025 DES LANDVERKEHRSAUSSCHUSSES GEMEINSCHAFT/SCHWEIZ

vom 9. Dezember 2025

über die Änderung des Anhangs 1 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße und die Änderung des Beschlusses Nr. 2/2019 des Ausschusses [2026/566]

DER AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße ([1]) (im Folgenden „Abkommen"), insbesondere auf Artikel 52 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Nach Artikel 51 Absatz 2 des Abkommens gewährleistet der Landverkehrsausschuss Gemeinschaft/Schweiz (im Folgenden „Gemischter Ausschuss") die Durchführung und Anwendung des Abkommens und sorgt für die Durchführung der in den Artikeln 52 und 55 enthaltenen Anpassungs- und Revisionsbestimmungen.

(2) Nach Artikel 52 Absatz 4 des Abkommens fasst der Gemischte Ausschuss unter anderem Beschlüsse zur Änderung des Anhangs 1, um darin — soweit nötig und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit — die Änderungen der betreffenden Rechtsvorschriften aufzunehmen, oder beschließt andere Maßnahmen, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens zu gewährleisten.

(3) Mit dem Beschluss Nr. 2/2019 vom 13. Dezember 2019 ([2]) änderte der Gemischte Ausschuss zum einen Anhang 1 des Abkommens, um darin grundlegende Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates ([3]) und der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates ([4]) aufzunehmen, und nahm zum anderen Übergangsbestimmungen zur Aufrechterhaltung eines reibungslosen Eisenbahnverkehrs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union an. Die Übergangsbestimmungen der Artikel 2, 3, 4 und 5 des Beschlusses Nr. 2/2019 galten ursprünglich bis zum 31. Dezember 2020. Mit dem Beschluss Nr. 2/2020 ([5]) hat der Gemischte Ausschuss die Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Mit dem Beschluss Nr. 2/2021 ([6]) wurden die Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Mit dem Beschluss Nr. 1/2022 ([7]) wurden die Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Mit dem Beschluss Nr. 1/2023 ([8]) wurden die Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2024 verlängert. Mit dem Beschluss Nr. 1/2024 ([9]) wurden die Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2025 verlängert.

([1]) ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 91.

([2]) Beschluss Nr. 2/2019 des Landverkehrsausschusses Gemeinschaft/Schweiz vom 13. Dezember 2019 zu den Übergangsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung eines reibungslosen Eisenbahnverkehrs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (ABl. L 13 vom 17.1.2020, S. 43).

([3]) Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44).

([4]) Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Eisenbahnsicherheit (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 102).

([5]) Beschluss Nr. 2/2020 des Landverkehrsausschusses Gemeinschaft/Schweiz vom 11. Dezember 2020 zur Änderung des Anhangs 1 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße und des Beschlusses Nr. 2/2019 des Ausschusses zu den Übergangsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung eines reibungslosen Eisenbahnverkehrs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (ABl. L 15 vom 18.1.2021, S. 34).

([6]) Beschluss Nr. 2/2021 des Gemischten Landverkehrsausschusses Gemeinschaft/Schweiz vom 17. Dezember 2021 zur Änderung des Anhangs 1 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße und des Beschlusses Nr. 2/2019 zu den Übergangsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung eines reibungslosen Eisenbahnverkehrs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 125).

([7]) Beschluss Nr. 1/2022 des Landverkehrsausschusses Gemeinschaft/Schweiz vom 21. Dezember 2022 zur Änderung des Anhangs 1 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße und des Beschlusses Nr. 2/2019 des Ausschusses (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 144).

([8]) Beschluss Nr. 1/2023 des Landverkehrsausschusses Gemeinschaft/Schweiz vom 14. Dezember 2023 zur Änderung des Anhangs 1 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße und des Beschlusses Nr. 2/2019 des Ausschusses (ABl. L, 2024/1182, 19.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2024/1182/oj).

([9]) Beschluss Nr. 1/2024 des Landverkehrsausschusses Gemeinschaft/Schweiz vom 13. Dezember 2024 über die Änderung der Anhänge 1, 5 und 8 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße und die Änderung des Beschlusses Nr. 2/2019 des Ausschusses (ABl. L, 2025/717, 15.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2025/717/oj).

(4) Eine Verlängerung der Bestimmungen der Artikel 2, 3, 4 und 5 des Beschlusses Nr. 2/2019 bis zum 31. Dezember 2027 ist erforderlich, um einen reibungslosen Eisenbahnverkehr zwischen der Schweiz und der Europäischen Union aufrechtzuerhalten.

(5) Mit dem Beschluss Nr. 2/2021 vom 17. Dezember 2021 wurde der Zeitpunkt, zu dem bestimmte in Anhang 1 des Abkommens aufgeführte nationale Vorschriften der Schweiz, die mit den technischen Spezifikationen für die Interoperabilität unvereinbar sein könnten, im Hinblick auf ihre Beseitigung, Änderung oder Beibehaltung überprüft sein sollten, auf den 31. Dezember 2022 verschoben. Mit Beschluss Nr. 1/2022 wurde dieser Termin auf den 31. Dezember 2023 verschoben. Mit Beschluss Nr. 1/2023 wurde dieser Termin auf den 31. Dezember 2024 verschoben. Mit Beschluss Nr. 1/2024 wurde dieser Termin auf den 31. Dezember 2025 verschoben. Angesichts des derzeitigen Stands dieser Arbeiten sollte als Termin für die noch nicht überprüften nationalen Vorschriften der 31. Dezember 2027 festgelegt werden.

(6) Seit der letzten Änderung des Abkommens wurden in unter das Abkommen fallenden Bereichen neue Rechtsakte der Europäischen Union verabschiedet. Daher sollte Anhang 1 geändert werden, um darin die einschlägigen neuen Rechtsakte aufzunehmen —

BESCHLIEßT:

Artikel 1

Anhang 1 des Abkommens wird entsprechend dem Anhang dieses Beschlusses geändert.

Artikel 2

Der Beschluss Nr. 2/2019 des Gemischten Ausschusses vom 13. Dezember 2019 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 6 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

   „(3) In Anhang 1 sind die geltenden nationalen Vorschriften und Sonderfälle aufgeführt, die möglicherweise mit dem Unionsrecht unvereinbar sind. Ist die Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht nicht bis zum 31. Dezember 2027 festgestellt worden, können diese nationalen Vorschriften und Sonderfälle nicht mehr angewandt werden, sofern der Gemischte Ausschuss nichts anderes beschließt."

2. Artikel 8 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:
   „Die Artikel 2, 3, 4 und 5 gelten bis zum 31. Dezember 2027."

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Brüssel, den 9. Dezember 2025

Für die Europäische Union	*Für die Schweizerische Eidgenossenschaft*
Der Präsident	*Die Leiterin der schweizerischen Delegation*
Kristian SCHMIDT	Christa HOSTETTLER

ANHANG

Anhang 1 des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt 3 („Technische Vorschriften“) wird wie folgt geändert:

   a) Der achtzehnte Gedankenstrich betreffend die Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 ([1]) erhält folgende Fassung:

      „— Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 13), zuletzt geändert durch die Delegierte Richtlinie (EU) 2025/149 der Kommission vom 15. November 2024 (ABl. L, 2025/149, 24.1.2025).“

2. Abschnitt 4 („Zugangs- und Transitrechte im Eisenbahnverkehr“) wird wie folgt geändert:

   a) Der vierte Gedankenstrich betreffend die Richtlinie 2004/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 ([2]) wird gestrichen.

   b) Der sechste Gedankenstrich betreffend die Verordnung (EG) Nr. 653/2007 der Kommission vom 13. Juni 2007 ([3]) wird gestrichen.

   c) Der achte Gedankenstrich betreffend die Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 ([4]) wird gestrichen.

   d) Der vierzehnte Gedankenstrich betreffend die Verordnung (EU) Nr. 201/2011 der Kommission vom 1. März 2011 ([5]) wird gestrichen.

   e) Beim fünfundzwanzigsten Gedankenstrich betreffend die Verordnung (EU) Nr. 1302/2014 der Kommission vom 18. November 2014 ([6]) wird das Datum „31. Dezember 2025“, bis zu dem die Vereinbarkeit der folgenden nationalen Vorschriften der Schweiz mit den entsprechenden technischen Spezifikationen der Union für die Interoperabilität überprüft sein sollte, für die folgenden Bestimmungen durch „31. Dezember 2027“ ersetzt:

      — CH-TSI LOC&PAS-009 (Version 1.1 vom Juni 2024);

      — CH-TSI LOC&PAS-019 (Version 3.0 vom Juni 2024);

      — CH-TSI LOC&PAS-020 (Version 3.0 vom Juni 2024);

      — CH-TSI LOC&PAS-025 (Version 2.2 vom Juni 2024);

      — CH-TSI LOC&PAS-027 (Version 3.0 vom Juni 2024);

      — CH-TSI LOC&PAS-031 (Version 3.0 vom Juni 2024);

      — CH-TSI LOC&PAS-035 (Version 2.2 vom Juni 2024);

      — CH-TSI LOC&PAS-036 (Version 2.2 vom Juni 2024).

([1]) Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 13), zuletzt geändert durch die Delegierte Richtlinie (EU) 2022/2407 der Kommission vom 20. September 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 64).

([2]) Richtlinie 2004/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Eisenbahnsicherheit in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 95/18/EG des Rates über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen und der Richtlinie 2001/14/EG über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigung („Richtlinie über die Eisenbahnsicherheit“) (ABl. L 164 vom 30.4.2004, S. 44), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2014/88/EU der Kommission vom 9. Juli 2014 (ABl. L 201 vom 10.7.2014, S. 9).

([3]) Verordnung (EG) Nr. 653/2007 der Kommission vom 13. Juni 2007 zur Verwendung eines einheitlichen europäischen Formats für Sicherheitsbescheinigungen und Antragsunterlagen gemäß Artikel 10 der Richtlinie 2004/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Gültigkeit von gemäß der Richtlinie 2001/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ausgestellten Sicherheitsbescheinigungen (ABl. L 153 vom 14.6.2007, S. 9), geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 445/2011 der Kommission vom 10. Mai 2011 (ABl. L 122 vom 11.5.2011, S. 22).

([4]) Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft (Neufassung) (ABl. L 191 vom 18.7.2008, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2014/38/EU der Kommission vom 10. März 2014 (ABl. L 70 vom 11.3.2014, S. 20).

([5]) Verordnung (EU) Nr. 201/2011 der Kommission vom 1. März 2011 über das Muster der Konformitätserklärung für genehmigte Schienenfahrzeugtypen (ABl. L 57 vom 2.3.2011, S. 8).

([6]) Verordnung (EU) Nr. 1302/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über eine technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge — Lokomotiven und Personenwagen“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 228), zuletzt geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) 2023/1694 der Kommission vom 10. August 2023 (ABl. L 222 vom 8.9.2023, S. 88).

f) Nach dem Gedankenstrich betreffend die Verordnung (EU) 2019/780 der Kommission vom 16. Mai 2019 ([7]) wird folgender Gedankenstrich eingefügt:

„Durchführungsverordnung (EU) 2020/572 der Kommission vom 24. April 2020 über die zu befolgende Berichterstattungsstruktur für Berichte über die Untersuchung von Eisenbahnunfällen und -störungen (ABl. L 132 vom 27.4.2020, S. 10).“

g) Der vierundvierzigste Gedankenstrich betreffend den Durchführungsbeschluss (EU) 2020/453 der Kommission vom 27. März 2020 ([8]) wird gestrichen.

h) Beim achtundvierzigsten Gedankenstrich betreffend die Durchführungsverordnung (EU) 2023/1695 der Kommission vom 10. August 2023 ([9]) wird das Datum „31. Dezember 2025“, bis zu dem die Vereinbarkeit der folgenden nationalen Vorschriften der Schweiz mit den entsprechenden technischen Spezifikationen der Union für die Interoperabilität überprüft sein sollte, für die folgenden Bestimmungen durch „31. Dezember 2027“ ersetzt, und für CH-TSI CCS-006 wird das Datum „November 2024“ korrigiert und durch „Juni 2024“ ersetzt:

— CH-TSI CCS-006 (Version 3.0 vom Juni 2024);

— CH-TSI CCS-019 (Version 3.1 vom Juni 2024);

— CH-TSI CCS-026 (Version 2.2 vom Juni 2024);

— CH-TSI CCS-032 (Version 2.2 vom Juni 2024);

— CH-TSI CCS-033 (Version 2.1 vom Juni 2024);

— CH-TSI CCS-038 (Version 1.2 vom Juni 2024);

— CH-CSM-RA-001 (Version 2.1 vom Juni 2024).

([7]) Empfehlung (EU) 2019/780 der Kommission vom 16. Mai 2019 über praktische Festlegungen für die Ausstellung von Sicherheitsgenehmigungen für Infrastrukturbetreiber (ABl. L 139 I vom 27.5.2019, S. 390).

([8]) Durchführungsbeschluss (EU) 2020/453 der Kommission vom 27. März 2020 über die harmonisierten Normen für Eisenbahnprodukte zur Unterstützung der Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft (ABl. L 95 vom 30.3.2020, S. 1).

([9]) Durchführungsverordnung (EU) 2023/1695 der Kommission vom 10. August 2023 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität der Teilsysteme „Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2016/919 (ABl. L 222 vom 8.9.2023, S. 380).